

Anmerkungen zum Bericht „Endenergie- und CO₂-Bilanz für den Landkreis Bamberg“, erstellt durch die Ostbayerische Technische Hochschule Amberg-Weiden, sowie zur Berichterstattung im Fränkischen Tag am 03.08.2021

Der vorgelegte Bericht erfasst die CO₂-Bilanz aus fossilen Energieträgern für den Landkreis nach dem sogenannten BSKO-Verfahren (Bilanzierungssystematik Kommunal). Das Verfahren wurde entwickelt, um den Kommunen ein Werkzeug in die Hand zu geben um einzuschätzen, wo sie sinnvollerweise fossile Energien einsparen können. Ergebnisse sind, soweit von den Kommunen frei gegeben, unter www.klimaschutz-planer.de einsehbar. Ein Vergleich der Kommunen ist nur bedingt möglich, da solche mit viel erneuerbaren Energien recht gut dastehen, andere mit Zement-, Stahl- oder Chemieindustrie eher sehr hohe Emissionen durch den großen Energiebedarf in diesen Industriezweigen haben. Somit wird der hohe Bedarf an Stahl und Zement durch den Bahnausbau im Raum Bamberg in der Bilanz des Landkreises (und der Stadt) nach diesem Verfahren gar nicht genannt.

Der Bericht ist völlig in Ordnung und auch das BSKO-Verfahren, welches durch das Umweltbundesamt betreut wird. Lediglich Abschnitt 3.3 „Ergebnisse der CO₂-Bilanz“ ist unzulässig oder man hat vergessen, bei Grafiken und Tabellen den Zusatz zu machen „auf der Basis der im Landkreis Bamberg emittierten fossilen Energieträger“. Somit ist die Angabe einer **pro-Kopf Emission im Landkreis von 5,9 Tonnen CO₂ nicht zulässig**, da wesentliche andere Emissionen nicht berücksichtigt wurden. Dieser Wert wurde von der Presse (und wohl auch vom Landratsamt) als Erfolg des Klimaschutzes gefeiert.

Wesentliche Emissionen von Treibhausgasen, die bei der Berechnung der pro-Kopf Emissionen zu berücksichtigen sind, fehlen:

- Industrie, soweit es sich um Emissionen handelt, die nicht aus fossilen Energiequellen stammen
- Nicht lokaler Verkehr (Inlandflüge, Binnenschifffahrt, Schienenverkehr)
- Landwirtschaft
- Abfallwirtschaft
- LULUCF (Landnutzung, Landnutzungsänderungen, Forstwirtschaft)

Welche Daten zu erfassen sind steht in den UBA-Dokumenten, auch die entsprechenden Zahlen stehen zur Verfügung. Die Werte gelten für die gesamte Bundesrepublik. Die für Bayern vorhandenen Zahlen enthalten leider nicht alle Komponenten. Was jedoch fehlt, ist eine Vorschrift, wie man aus BSKO-Werten unter Hinzunahme der fehlenden Komponenten auf die pro-Kopf Emission schließen kann.

Ansatzweise wäre dies durch folgendes Vorgehen möglich (für 2018, da dies als Bezugsjahr für den Landkreis verwendet wurde, prinzipiell ist dies bis 2020 möglich):

- Gesamtemission Deutschland 0,838 Gt CO₂
- Pro-Kopf Emission Deutschland 10,1 t CO₂
- Nicht-BSKO-Komponenten Deutschland 0,254 Gt CO₂
- Pro-Kopf Nicht-BSKO-Komponenten Deutschland 3,1 t CO₂

Somit könnte man die pro-Kopf Nicht-BISKO-Komponenten von Deutschland zu den BISKO-Komponenten des Landkreises addieren und erhält für den Landkreis eine pro-Kopf Emission von 9,0 Tonnen CO₂. Dies würde etwa dem für Bayern publizierten Wert entsprechen, da Bayern einen hohen Wasserkraftanteil hat.

Der CO₂-Rechner des Umweltbundesamtes geht für Deutschland von einer höheren pro-Kopf Emission von 11 t CO₂ aus. Das liegt daran, dass hier zwei Komponenten hinzugerechnet wurden, die in anderen Bilanzen nicht vorhanden sind:

- Internationaler Flugverkehr
- Konsum, der auch im Ausland produzierte Produkte einschließt (graue Emissionen)

Damit müsste man realistischerweise von einer **pro-Kopf Emission im Landkreis von ca. 10 Tonnen CO₂** ausgehen, also fast dem doppelten Wert wie vom Landkreis und der Presse kommuniziert. Die angestrebte Null-Emission entspricht einer pro-Kopf Emission von 1 t CO₂.

Nach dem 6. Sachstandsbericht des IPCC (2021) wird bei den gegenwärtig angenommenen Emissionen und Emissionsreduzierungen für 2030 damit gerechnet, dass sich die Erde um 1,5 Grad erwärmt hat, was für Deutschland etwas über 2,5 Grad bedeuten würde. Diese Rechnungen basieren auf exakten Mengen des emittierten CO₂. Um das Pariser Klimaabkommen einhalten zu können, sind möglichst rasch die Emissionen zu senken. Dies kann besonders schnell durch den Ausbau erneuerbarer Energien realisiert werden, weil alle anderen Komponenten der Emission nur langsam reduziert werden können.

Der Landkreis geht wegen der scheinbar positiven Einschätzung der pro-Kopf Emission davon aus, dass bis 2030 trotz vorhandener Potenziale kein weiterer Ausbau der Windkraft erfolgen soll und somit auch keine Initiativen zur Akzeptanz der Windkraft erfolgen. Dies bedeutet indirekt, dass in unzumutbarer Weise die Einsparungen durch Industrie, Verkehr, Landwirtschaft und insbesondere durch die Bevölkerung erfolgen müssen.